

Große Anfrage der Fraktion der CDU**Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen – eine Illusion, mehr nicht?**

Seit Jahren sind Bremerinnen in Ausbildung und Arbeit benachteiligt. Noch immer liegt die Frauenerwerbstägenquote an der Weser mit lediglich 67,2 Prozent deutlich unter dem Bundeswert von 74,1 Prozent. Allein im Land Bremen liegt die weibliche Erwerbsbeteiligung unter 70,0 Prozent, nirgendwo sonst in Deutschland. Allein im Land Bremen sind ein Drittel der erwerbsfähigen Frauen nicht berufstätig, weder sozialversichert noch geringfügig. Hierdurch geraten sie immer mehr in wirtschaftliche Abhängigkeiten und staatliche Alimentierung. Die Gleichstellung von Männern und Frauen bleibt ohne eine eigenständige Existenzsicherung eine Illusion.

Und die Politik des Senats? Wenn ich nicht mehr weiter weiß, ...Wir verzeichnen eine Chronik des Versagens: Ankündigungen, beschriebene Strategien mit Maßnahmen ohne Wirkung, Gesprächsrunden ohne Ergebnisse. Mit Beschluss vom 11. November 2020 (Drucksache 20/707) forderte die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf „die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern zu bekämpfen“. Hierzu entwickelte der Senat eine im November 2022 verabschiedete „Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“. Diese beinhaltet folgende Ziele: Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter in Berufen und Branchen mit höheren Verdiensten, Abbau des Anteils von Frauen im Niedriglohnsektor, Überprüfung der Bezahlung frauendominiierter Berufe und gegebenenfalls Höherbewertung und -bezahlung, Abbau stereotyper normativer Vorstellungen über die unterschiedliche Eignung oder das unterschiedliche Interesse der Geschlechter für bestimmte Berufe und Branchen, Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen, Erreichen ausgewogener Anteile von Frauen und Männern in Führungspositionen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung der Akzeptanz und gleichberechtigter Einbindung von Teilzeitkräften in die Organisation, Verbesserung der Qualifizierungs- und Aufstiegs-möglichkeiten für Teilzeitkräfte, Förderung existenzsichernder sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Herstellung von Transparenz über den Ist-Zustand der Entgeltgleichheit im Land Bremen, Förderung der

Umsetzung des Grundsatzes der Entgeltgleichheit auf betrieblicher und tariflicher Ebene, Überprüfung der Bezahlung frauendominiierter Berufe, Verbesserung der gesetzlichen Umsetzung der Entgeltgleichheit nach dem Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG), Stärkung systematischer Entgeltfindung durch erhöhte Tarifbindung, Verringerung des Gender Pay Gaps im Land Bremen mindestens auf den bundesdeutschen Durchschnitt.

Von der Erreichung aller dieser Ziele sind wir meilenweit entfernt. Das räumte der Senat selbst ein und setzte daraufhin mit Beschluss vom 13. Februar 2024 am 16. April 2024 eine „Senatskommission für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ unter Vorsitz von Bürgermeister Bovenschulte ein. In der entsprechenden Beschlussvorlage vom 23. Januar 2024 heißt es: „Die weitere Umsetzung und Ausgestaltung der Ziele der Landesstrategie soll durch die Einsetzung einer Senatskommission begleitet werden. Ziel ist es, die bestehende ressortübergreifende Zusammenarbeit auf diesem Feld zu stärken sowie die Koordinierung und Steuerung der Umsetzungsprozesse und die Kontrolle der jeweiligen Maßnahmenfortschritte zu bündeln.“ Der Senatskommission gehören als Mitglieder an: Präsident des Senats (Vorsitz), Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (stellvertretender Vorsitz), Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, Senatorin für Kinder und Bildung, Senator für Finanzen, Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft. Als Gäste eingeladen werden die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Frau (ZGF), der Landesfrauenrat, diverse Kammern und Unternehmensverbände, Arbeitsagentur und Jobcenter. Angekündigt wurden Tagungen einmal im Quartal. Die Geschäftsstelle der Senatskommission obliegt der Senatskanzlei.

Außer Spesen nichts gewesen? Was ist das Gewinnbringende dieser Runden für die Frauen im Land Bremen? Kommen die für Landesstrategie und Senatskommission verausgabten Steuergelder bei Bremerinnen im erwerbsfähigen Alter als echte Lebenshilfe an?

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche konkreten Ergebnisse wurden in Umsetzung der „Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ im Handlungsfeld 1 erreicht? Stellen Sie hierzu bitte alle Maßnahmenbereiche (Kinderbetreuung, Arbeitszeitmodelle, existenzsichernde Beschäftigung und Struktur der Erwerbsbeteiligung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen) und die entsprechende Erreichung der abgeleiteten zehn Teilziele ausführlich dar.
2. Welche konkreten Ergebnisse wurden in Umsetzung der „Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ im Handlungsfeld 2 erreicht? Stellen Sie hierzu bitte

beide Maßnahmenbereiche (Entgeltgleichheit und rechtliche Grundlagen sowie Entgeltgleichheit und tarifliche Ebene) und die entsprechende Erreichung der abgeleiteten sechs Teilziele ausführlich dar.

3. Welche konkreten Ergebnisse wurden in Umsetzung der „Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ im Handlungsfeld 3 erreicht? Stellen Sie hierzu bitte beide Maßnahmenbereiche (Ist-Analysen und Maßnahmen zur Herstellung von Transparenz sowie Unterstützung durch Sozialpartnerschaft) und die entsprechende Erreichung der abgeleiteten Teilziele ausführlich dar.
4. Wo sieht der Senat die erheblichsten Abweichungen zwischen gesteckten Zielen und Zielerreichung innerhalb der Landesstrategie? Worin liegen die Ursachen für diese identifizierten Abweichungen?
5. Welche Verbindung hält der Senat und seine Behörden zu den ausbildungs- und arbeitsuchenden Frauen in Bremen, welche konkreten Angebote erreichen diese Frauen aus welcher Hand?
6. Welche arbeitsmarktpolitischen Programme oder Projekte verfolgt der Senat aktuell, die explizit die Arbeitsmarktintegration bislang nicht erwerbstätiger Frauen zum Ziel haben?
7. Welche Indikatoren zieht der Senat zur Erfolgsmessung seiner „Landesstrategie“ heran; wie wird der Erfolg bestehender Projekte und Maßnahmen danach bewertet?
8. Wie oft tagte die im April 2024 eingesetzte Senatskommission unter Vorsitz und Leitung des Bürgermeisters Bovenschulte bis dato? Bitte listen Sie hierzu die Tagungstermine und Themenschwerpunkte der Sitzungen im Einzelnen auf.
9. Welche Mitglieder und Gäste nahmen an den bisherigen und unter Beantwortung der Frage 6. aufgelisteten Zusammenkünften teil? Bitte hierzu Institution und namentlich Vertreterinnen und Vertreter ausweisen.
10. Welche konkreten Ergebnisse wurden im Einzelnen pro Zusammenkunft erzielt? Stellen Sie bitte die konkreten Ergebnisse mit Bezug zur „Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ und deren Ziele und Maßnahmen dar.
11. Gelang nach Auffassung des Senats die avisierte ressortübergreifende Zusammenarbeit bei der Förderung von Frauen in Ausbildung und Arbeit sowie die Koordinierung und Steuerung der Umsetzungsprozesse im Rahmen der Senatskommission? Wenn ja,

woran konkret werden die Fortschritte festgemacht? Wenn nein, warum nicht?

12. Welche konkreten Vorschläge beziehungsweise Anregungen oder Forderungen wurden in den Zusammenkünften der Senatskommission von welchem Mitglied, welchem Gast eingebracht? Wie wurde damit im Einzelnen und im Weiteren verfahren?
13. Welche konkreten Themen, Schwerpunkte, Anforderungen und Arbeitsaufträge wurden durch den Bürgermeister persönlich in seiner Verantwortung als Vorsitzender der Kommission eingebracht und abrechenbar erteilt?
14. Welche weiteren Sitzungen der Senatskommission sind wann und zu welchen Themen und Schwerpunkten geplant? Bitte fügen Sie eine entsprechende Terminliste bei.
15. Was kosten den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern frühere und künftige Sitzungen der Senatskommission sowie der Betrieb der Geschäftsstelle? Bitte alle damit verbundenen Kostenarten im Einzelnen ausweisen.

Bettina Hornhues, Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU